

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz – eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes

Die Jugendphase ist prägend für das Verhältnis junger Menschen zu Gesellschaft und Politik. Sie ist mitentscheidend dafür, dass junge Menschen Perspektiven für ein sinn-erfülltes Leben entwickeln können. Dies haben der 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz und jüngst der 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes noch einmal verdeutlicht. Jugendliche und junge Erwachsene müssen deshalb umfassend unterstützt, befähigt und gefördert werden, damit sie die Herausforderungen der Lebensphase Jugend im Sinne der Selbstpositionierung, Verselbstständigung und Qualifizierung erfolgreich meistern können.

Angesichts des demografischen Wandels besteht die Gefahr, dass Jugendliche und junge Erwachsene es schwerer haben, ihre Interessen in Gesellschaft und Politik einzubringen. Es hat den Anschein, dass ihre Themen als weniger bedeutsam erscheinen. Die neu gewonnene Aufmerksamkeit für die Themen und Bedarfe junger Menschen ist daher auszubauen. Es bedarf aller notwendigen Anstrengungen, um bessere Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie für ihre Interessenvertretungen zu schaffen.

Die Beteiligung junger Menschen ist wichtig für unsere Demokratie. Elf Bundesländer haben daher das Wahlalter bei Kommunalwahlen inzwischen auf 16 Jahre abgesenkt. Um den jungen Menschen in Rheinland-Pfalz mehr politische Teilhabe zu ermöglichen, ist dieser Schritt auch zunächst für die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz anzustreben. Es ist wichtig, Jugendlichen bei ihren wichtigen Zukunftsfragen Verantwortung zu übertragen und sie in demokratische Prozesse einzubinden.

Jugendliche sind im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überdurchschnittlich häufig ehrenamtlich aktiv. Sie bringen sich vor Ort ein, beispielsweise in Sportvereinen, in der Schule, in kirchlichen Jugendgruppen, bei der Jugendfeuerwehr, in politischen Jugendorganisationen, bei der Jugendauszubildendenvertretung. Das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und ihren Verbänden leistet in vielen Lebensbereichen einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unserer Zivilgesellschaft. Schulische und außerschulische Bildungs- und Lernorte ergänzen einander sinnvoll. Selbstorganisation, Selbstwirksamkeit und Teamfähigkeit können hier im besonderen Maße erfahren und entwickelt werden. Daher stellen die verbandliche und die kommunale Jugendarbeit, aber ebenso auch die Jugendsozialarbeit einen unschätzbaren Wert als non-formale und informelle Bildungs- und Lernorte dar. Neben der formalen Bildung sind sie ein fester Bestandteil unserer Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz.

Der Landtag begrüßt daher,

- dass die Landesregierung mit der Jugendstrategie „JES! Jung.Eigenständig.Stark.“ das Fundament für eine eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz gelegt hat, mit der die jungen Menschen mit ihren Interessen und Bedarfen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken und mit der sie konsequent eine Politik für und mit den jungen Menschen umsetzen will;
- dass mit diesem Politikansatz allen jungen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, autonome Gestaltungs- und Freiräume sowie echte Mitbestimmung ermöglicht werden soll;

- dass insbesondere auch jene jungen Menschen, die sich in sozial prekären Situationen befinden und Migrantinnen und Migranten, die bei uns Fuß fassen wollen, erreicht werden sollen.

Der Landtag unterstützt vor diesem Hintergrund dezidiert die erheblichen Mittelerhöhungen im Bereich der Jugendförderung, mit der Kommunen und freie Träger bei ihrer Arbeit für und mit den jungen Menschen im Land unterstützt werden.

Insbesondere begrüßt der Landtag:

- dass ein Ausbau der Jugendarbeit im ländlichen Raum erfolgt, um in dünn besiedelten Räumen mobile Lösungen für die Angebote der Jugendarbeit zu schaffen und damit den dort lebenden jungen Menschen die Chance zu geben, an diesen für ihre Entwicklung wichtigen Angeboten teilnehmen zu können;
- den Ausbau der aufsuchenden Jugendsozialarbeit, mit der sozial benachteiligte junge Menschen erreicht werden sollen. Mit jungen Menschen aus der Zielgruppe, dazu gehören auch junge geflüchtete Menschen, sollen unter ihrer Beteiligung Projekte erarbeitet werden, die sie in ihrer Autonomie stärken und befähigen, Perspektiven auf ein gelingendes Leben zu entwickeln;
- die Förderung von kommunalen Jugendstrategien mit dem Ziel, dass eine eigenständige Jugendpolitik vor Ort unter Beteiligung der jungen Menschen und unter Beteiligung relevanter Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, d. h. unterschiedlicher Fachressorts, der Verwaltung, der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit bzw. der Jugendringe, der zivilgesellschaftlichen Akteure etc. entwickelt wird. Ein lokales Bündnis für Jugend ist erstrebenswert;
- die Förderung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe, mit der Zielsetzung, die Beteiligungsmöglichkeiten von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und Männern an politischen, planerischen und zukunftsorientierten Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen, die ihr Lebensumfeld in den Kommunen betreffen, landesweit weiterzuentwickeln und nachhaltig zu stärken;
- das Engagement junger Menschen für unsere Gesellschaft im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeit innerhalb der Schule, in der Freizeit und im Rahmen der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen. Überall dort leisten Jugendliche einen wichtigen Beitrag für unsere Zivilgesellschaft.

Der rheinland-pfälzische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- diese gute und konsequente Politik für und mit jungen Menschen und mit allen wichtigen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern weiterhin umzusetzen und nachhaltig weiterzuentwickeln sowie finanziell zu sichern bzw. zu stärken;
- das Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung der Jugendpolitik und Jugendarbeit (PEP) in Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln;
- auch den dritten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz als fachpolitisches Instrument zur Stärkung der Jugend in Rheinland-Pfalz zu konzipieren. Insbesondere sollten im Sinne der Beteiligung junger Menschen erneut deren Selbstauskünfte mit Blick auf ihre Lebenssituation erfasst werden. Diese Pionierarbeit stand Pate für den 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes und kann in einem nächsten Bericht weiter qualifiziert werden;
- die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und der Jugendverbände auf hohem Niveau fortzusetzen;
- das „FSJ Politik“, welches einen Einblick in die Praxis der Landespolitik und Verwaltung ermöglicht, gemeinsam mit den Kooperationspartnern weiter zu stärken;
- die berechtigte Forderung nach einem Wahlrecht ab 16 Jahren zunächst bei Kommunalwahlen weiterhin zu unterstützen;
- Jugendliche im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in demokratische Planungs- und Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer